

Jürgen Lloyd: Unterschiedliche Positionen zum VII. Weltkongress

Der Kongress der Kommunistischen Internationale wurde vor 90 Jahren mit einer Dauer von 3 ½ Wochen in Moskau durchgeführt. Wir haben hier leider nicht so viel Zeit und wir haben erst recht nicht die Kapazitäten, uns mit annähernd solcher Intensität und so viel Sorgfalt mit den Themen und Fragen zu beschäftigen, wie dies die Weltpartei der kommunistischen Bewegung damals geleistet hat.

Wie intensiv und ernsthaft damals diskutiert wurde, lässt sich zumindest teilweise nachspüren anhand der Protokolle der Referate, Diskussionsbeiträge und Resolutionen, die rund 1000 Buchseiten füllen. Die zwei Bände, die wir Euch als pdf zur Verfügung gestellt haben, beruhen auf einem Nachdruck der – schon kurz nach dem Kongress erfolgten – Veröffentlichungen.

Dass wir für die Dokumente auf einen Nachdruck eines maoistischen Verlages aus den 70er Jahren zurückgreifen mussten, liegt daran, dass die im Dietz-Verlag der DDR und im Verlag Marxistische Blätter in der BRD erschienenen Dokumentationen sich im Wesentlichen leider auf die Wiedergabe zentraler Referate beschränkt haben. So enthielt der 1960 vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebene Band lediglich den Rechenschaftsbericht von Wilhelm Pieck, die Referate von Dimitroff und Togliatti und die Resolution zu Dimitroffs Referat. 1971 erschien dann im VMB eine Dokumentation, die darüber hinaus noch Teile von drei Diskussionsbeiträgen, die Resolutionen auch zu Togliattis Referaten und das wichtige Schlusswort von Dimitroff enthielt. Letzteres fehlt dann wieder in dem 1975 erneut vom Institut für Marxismus-Leninismus herausgegebenen Band in der DDR. Dafür sind dort aber auch die Resolution zu Piecks Rechenschaftsbericht und das Referat von Manuilski und die Resolution dazu aufgenommen, die in den anderen Publikationen fehlten. Alle weiteren Diskussionen aus den immerhin 23 Sitzungstagen sind in diesen Dokumentationen nicht enthalten.

Ich schildere dies nicht, weil ich hier Bibliothekar spielen möchte, sondern weil diese eingeeengte Veröffentlichungsgeschichte mit einer Problematik korreliert, auf die ich als erstes in meinem Beitrag eingehen möchte:

Der VII. Weltkongress ist – so haben wir es auch in unserer Seminarankündigung geschrieben – ein bedeutendes Ereignis der kommunistischen Geschichte. Er stellt einen Referenzpunkt dar, auf den sich viele Diskussionen der kommunistischen Bewegung in der einen oder anderen Weise beziehen. Aber – meine Behauptung lautet – dieser Bezug ist oftmals und sogar in der Mehrzahl der Fälle derart, dass hierbei der VII. Weltkongress lediglich als Symbol für einen bestimmten Erkenntnisstand genommen wird – und nicht als der reale Teil eines lebendigen Erkenntnisprozesses, der eine eigene Geschichte hat. Eine Geschichte, die nicht abgeschlossen ist, eine Geschichte, die vor 90 Jahren weder begonnen noch geendet hat.

Mir geht es um folgendes: Wir haben den VII. Weltkongress als Teil eines fortwährenden Erkenntnisprozesses zu verstehen, als Teil eines Prozesses, in dem die kommunistische Bewegung die ebenso fortwährende Geschichte des

Klassenkampfes reflektiert. Ein anderer Umgang mit diesem Kongress ist nicht nur unangebracht – es ist m.E. nichts anderes als Dogmatismus.

Solcher Dogmatismus zeigt sich immer dann, wenn versucht wird, die Diskussionen des Weltkongresses auf diese oder jene Aussage zu reduzieren oder versucht wird, das Ringen um ein zutreffendes Verständnis der konkreten Lage im Klassenkampf und unserer Aufgaben darin zu etwas zu fixieren, was dann als „die Lehre“ des Weltkongresses ausgegeben wird.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich halte den VII. Weltkongress und ich halte unsere Beschäftigung mit diesem Kongress sehr wohl für lehrreich. Aber lernen können wir nicht durch die bloße Kenntnisnahme einer vorgegeben und fixierten Lehre, sondern lernen können wir durch die aktive Aneignung des Lernprozesses selbst. Und das heißt nichts anderes, als dass wir uns um ein Verständnis bemühen, wie die unterschiedlichen Positionen in den Debatten damals sich auf die konkreten Herausforderungen beziehen, zu denen die Genossinnen und Genossen in ihren vielfältigen Kämpfen um Orientierung rangen.

Jeder Lernprozess der kommunistischen Bewegung vollzog und vollzieht sich stets in der Auseinandersetzung mit den konkreten Kämpfen und mit der eigenen Positionierung in diesen Kämpfen – mit dem Kampf zur Verhinderung von Faschismus, dem Kampf um die Überwindung des Kapitalismus, Kampf zur Verteidigung der Sowjetunion, Kampf gegen einen drohenden Krieg, usw. Und jeder solcher Lernprozess wird selbst ein Moment des eigenen weiteren Eingreifens in diesen Kämpfen.

Das heißt andersherum aber auch: Losgelöst von diesen Kämpfen und ohne damit den eigenen Standpunkt zu bestimmen, lernt die kommunistische Bewegung gar nichts.

Warum beginne ich mit dieser Überlegung und warum reite ich so darauf herum? Ich denke in der Tat, dass wir hier ein Defizit haben; ein Defizit nicht des VII. Weltkongresses, sondern in unserem Umgang damit;

- ein Defizit, das sich in der Diskrepanz zeigt, wie oft einerseits auf den VII. Weltkongress verwiesen wurde und wird, wie lückenhaft aber zugleich schon die in der Breite der Bewegung verfügbare Dokumentation über den Kongress ist;
- ein Defizit, dass sich zeigt, wenn zwar das auswendige Zitieren aus dem Dimitroff Referat beherrscht wird, der Faschismus an der Macht sei die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals – der präzise Inhalt und die Bedeutung aber nicht weiter reflektiert werden, die in der Bestimmung des Klassencharakters des Faschismus für unser Verständnis von Faschismusgefahr und Aufgaben des antifaschistischen Kampfes liegen;
- ein Defizit, dass sich in der Form solcher Debatten zeigt, die lediglich ein Bekenntnis zum VII. Weltkongress und seiner angeblichen Lehren abfragen möchten und bei denen Kritik oder Streit über die dort verhandelten Fragen als Fremdkörper außerhalb der eigenen Bewegung behandelt werden; Debatten, die also darauf verzichten, den Inhalt des Erkenntnisprozesses zu bestimmen

und die reale Basis dieses Erkenntnisprozesses zu sehen, die in den konkreten Klassenkämpfen und deren Entwicklung zu finden ist;

- ein Defizit, das sich nicht zuletzt darin zeigt, wenn der VII. Weltkongress einseitig als Abkehr von linksopportunistischen Fehlern oder einseitig als Abkehr von rechtsopportunistischen Fehlern gedeutet wird, bzw. – was m.E. ebenso zu beurteilen ist – wenn der VII. Weltkongress einseitig als Türöffner für links- oder Türöffner für rechtsopportunistische Fehler gedeutet wird.

Unsere Aufgabe ist es, den realen Geschichtsverlauf zu beachten, in dem rechts- und linksopportunistische Fehler gemacht wurden, in dem diese sich oftmals wechselseitig bedingten, in dem Erfolge ebenso wie Schwächen und Fehler neue Herausforderungen hervorgebracht haben und den die kommunistische Bewegung – wenn sie ihrer Verantwortung gerecht wird – mit einem stets reicher werdenden Erkenntnisprozess reflektiert.

Das erwähnte Defizit im Umgang mit dem VII. Weltkongress halte ich für eine verbreitete, ernsthafte und erhebliche Schwäche unserer Bewegung. Ich nehme mich da nicht aus und halte mich keineswegs für immun, von dieser Schwäche auch beeinflusst zu sein. Ich gehe davon aus, dass wir alle mehr oder weniger davon beeinflusst werden. Ich hoffe aber und wünsche mir natürlich, dass dieses Seminar ein kleiner Beitrag sein wird, dieser Schwäche entgegenzuwirken. Mir scheint, der wichtigste Schritt dazu ist es, die konkrete Aufgabenstellung, mit der wir an den jeweiligen Kampffronten konfrontiert sind, transparent zu erklären und mitzudenken bei all den Aussagen, die wir in die Debatte einbringen.

Damit das Gesagte aber jetzt nicht nur in dieser allgemeinen Form dargestellt bleibt, möchte ich es jetzt noch auf zwei konkrete Fragestellungen zuspitzen. Das kann dann vielleicht dazu verleiten, dass sich gleich auch die Diskussion um diese beiden Fragen dreht – das muss und sollte aber nicht so sein und es sollte klar sein, dass es noch viele weitere Fragestellungen gibt.

Mit dem ersten Beispiel reiße ich ein sicherlich sehr zentrales Thema der Debatten an: Die Stellung zur Sozialdemokratie. Eine weit verbreitete – aber m.E. ebenso unzutreffende – Sicht auf die Behandlung dieses Themas auf dem VII. Weltkongress lautet in etwa so: *Der VII. Weltkongress war die Überwindung der verhängnisvollen Sozialfaschismusthese der Kommunisten durch ein – angesichts des drohenden Faschismus – längst überfälliges Zugehen auf die Sozialdemokratie.* Der schrecklich dumme Wikipedia-Artikel zur Kommunistischen Internationale schreibt z.B. auf dieser Linie: *„Der VII. Weltkongress vom 25. Juli bis 20. August 1935 beendete offiziell die bisherige Linie der Komintern und verabschiedete sich von der Sozialfaschismusthese.“* Das kommt dabei heraus, wenn lediglich vermeintlich fixierbare Positionen behauptet werden, für die der Kongress dann als autoritative Instanz in Anspruch genommen wird. In diesem Fall trifft sich dieser falsche Umgang auch noch mit eklatanter historischer Unkenntnis. Aber selbst wenn die Sachkenntnis soweit gereicht hätte, die bereits spätestens 1932 in der Praxis vollzogene Abkehr von der Sozialfaschismusthese zu erkennen und zur Kenntnis zu nehmen, wie oft in den Referaten und Beiträgen des Kongresses auf die bisherige Linie der KI Bezug

genommen wurde und betont wurde, wo die weitere Geschichte die auf früheren Kongressen der KI getroffenen Beschlüsse bestätigt habe – selbst ohne diese Unkenntnis und Ignoranz des Wikipedia-Artikels bliebe das Problem, dass eine solche bloße Zuschreibung von Positionen, ein wirkliches Verständnis der Debatte verfehlen muss.

Für ein angemessenes Verständnis ist es notwendig, den realen Verlauf des Klassenkampfes zu berücksichtigen und die jeweiligen Haltungen der Kommunisten als Momente ihrer Bemühungen zu verstehen, in den geschichtlichen Prozess einzugreifen und dessen weitere Entwicklung (die ja nicht zuletzt auch durch das Eingreifen selbst beeinflusst wird) zum Anlass für eine stets weitere Entwicklung der eigenen Haltungen zu nehmen.

Auch ohne diese Entwicklung in Bezug auf die Haltung zur Sozialdemokratie jetzt zu detailliert zu verfolgen, sollten wir dabei m.E. zumindest grob folgende Elemente berücksichtigen:

- die Sozialdemokratie in Deutschland hatte sich mit ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 als grundsätzlich ungeeignet gezeigt, eine Kraft gegen den Expansionsdrang des Imperialismus, gegen die imperialistische Kriegsgefahr und für die Überwindung des Imperialismus durch den Übergang zum Sozialismus zu sein. Eine Erkenntnis, die zur Spaltung der Arbeiterbewegung und zur eigenständigen Formierung der revolutionären Kräfte in einer eigenen Partei, der KPD, führte.
- Im Zuge der Novemberrevolution erwies sich die Sozialdemokratie dann als Stütze der Bourgeoisie und Partner der Reaktion in der Verhinderung und blutigen Unterdrückung einer revolutionären Entwicklung.
- Schon kurze Zeit später machten die Kommunisten dann die Erfahrung, dass es trotzdem möglich war, im Kampf gemeinsam mit Sozialdemokraten den reaktionären Kapp-Putsch zu Fall zu bringen. Es zeigte sich, dass die im Marxismus theoretisch argumentierte Einheit der Arbeiterklasse im Generalstreik als praktische Politik zu wirksamer Macht realisierbar war.
- Diese Einsicht begleitete – von Lenin befördert – die zukünftigen Ansätze zur Schaffung von Aktionseinheit und Einheitsfront. Im Januar 1921 führte sie schon mit einem offenen Brief an alle anderen Arbeiterorganisationen zu einem Vorschlag, sich zu gemeinsamen Aktionen gegen die Kapitaloffensive zu verabreden. (der von der SPD postwendend zurückgewiesen wurde)
- Die reformistische Sozialdemokratie war geleitet von der Idee, auf dem Weg von parlamentarischen Wahlerfolgen einen immer stärker werdenden Einfluss auf den Staat ausüben und damit Richtung Sozialismus gehen zu können. Ihr erschien daher jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten als Gefährdung eben dieser Strategie.
- Aus der gleichen Quelle speiste sich dann auch eine spezifisch sozialdemokratische Ablehnung der Nazis. Sie erschienen der SPD ebenso wie die KPD als Bedrohung ihrer Strategie, woraus die Sozialdemokraten den Schluss zogen, die Weimarer Republik gegen diese Gegner verteidigen zu müssen, hierzu Arzt am Krankenbett des Kapitalismus spielen zu sollen und im Zweifelsfall jede Rechtsentwicklung mittragen zu sollen, solange sie diese nur als vermeintliche Verhinderung einer noch schrofferen Rechtsentwicklung

ausgeben konnte. Die Unterstützung des Reichskanzlers Brüning, der Wahlauf Ruf zugunsten Hindenburgs, schließlich selbst die öffentliche Unterstützung für das außenpolitische Programm der Regierung Hitler lagen auf diesem Weg.

- Die Kommunisten waren sich der objektiv vorhandenen Funktion des Sozialdemokratismus bewusst, Stütze des kapitalistischen Systems zu sein. Zu Recht schlossen sie daraus auf die Notwendigkeit, diese Funktion zu kritisieren und ihr entgegenwirken zu müssen.
- Es war dann auch keineswegs diese Kritik, die zur Sozialfaschismusthese führte, sondern eine fehlerhafte Einschätzung der Bedingungen und der Dynamik monopolkapitalistischer Herrschaft. Sicherlich befördert durch die vielfältigen Erfahrungen einer oftmals blutigen Repression auch durch sozialdemokratische Innenminister und Polizeipräsidenten, wurde aus der noch zutreffenden Erkenntnis, dass die Sozialdemokratie objektiv den gleichen Inhalt monopolkapitalistischer Herrschaft stützte, wie der Faschismus, eine falsche Gleichsetzung von Sozialdemokratie und Faschismus gefolgert. Also nochmal: Die Feststellung, dass sowohl die Sozialdemokratie als auch der Faschismus als Mittel für die Herrschaftsausübung des Finanzkapitals dienen (wie auch alle anderen bürgerlichen Parteien sich dem Monopolkapitalismus verschrieben haben) – diese Feststellung trifft objektiv zu. Falsch war und ist es aber, deswegen in der Sozialdemokratie den „linken Flügel des Faschismus“ zu sehen oder sie anderweitig mit den Faschisten zu identifizieren – ebenso falsch, wie es die Verwischung des Unterschieds zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Herrschaftsform ist. Gleicher Inhalt der Herrschaft bedeutet nicht, dass dessen Form ebenso gleich ist. Dass die eine Form – die bürgerlich-demokratisch verfasste Form der Herrschaftsdurchsetzung – zu einem bestimmten Zeitpunkt für die weitere Durchsetzung der inhaltlich definierten Ziele des Finanzkapitals nicht mehr hinreichend tauglich war, ist der Grund, warum dann Kurs auf die faschistische Form genommen wurde. Es galt (und gilt) dies zu verstehen und daraus dann auch zu schließen, dass die Sozialdemokratie, selbst wenn sie noch so sehr sich dem Monopolkapital anzudienen entschlossen ist, dann ebenso untauglich für die weitere monopolkapitalistische Herrschaftsausübung geworden ist. Dass sie deswegen faktisch in eine objektive Gegnerschaft gezwungen wird (und zwar vom Monopolkapitalismus selber dazu gezwungen wird) und folgerichtig vom Faschismus unterdrückt und verfolgt wurde. Diese Einsicht darin, dass im und für das Monopolkapital zu gegebener Zeit der Bedarf entsteht, seine Herrschaft nicht mehr in Form der bürgerlichen Demokratie und mittels Stützung auf die Sozialdemokratie durchsetzen zu können – diese Einsicht war und ist es, die den grundsätzlichen Fehler der Sozialfaschismusthese offenlegte.
- Diese grobe Skizzierung der Auseinandersetzungen bezüglich der Stellung zur Sozialdemokratie sollte dann auch nahelegen, dass die auf dem VII. Weltkongress erarbeitete Konzeption keineswegs ein Abrücken von der notwendigen Kritik an der Sozialdemokratie bedeutete, sondern dass die fortgesetzte Kritik Bestandteil und kein Gegensatz zur

Einheitsfrontorientierung war: *„Die Einheit, die revolutionäre Geschlossenheit und Kampfbereitschaft der kommunistischen Parteien ist das wertvollste Kapital, das nicht nur uns, sondern der gesamten Arbeiterklasse gehört. Unsere Bereitschaft, zusammen mit den sozialdemokratischen Parteien und Organisationen den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen, verknüpfen wir und werden wir verknüpfen mit dem unversöhnlichen Kampf gegen den Sozialdemokratismus als Ideologie und Praxis des Kompromisses mit der Bourgeoisie und folglich auch gegen jegliches Eindringen dieser Ideologie in unsere eigenen Reihen.“* – so Dimitroff in seinem Referat.

Ein zweites Beispiel; und mit ihm mache ich eine Debatte auf, die sich schon an der so oft aus dem Referat von Dimitroff zitierten Faschismusdefinition entzünden kann. Dimitroff spricht dabei von den *„reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elementen des Finanzkapitals“*. Welchen Sinn hat diese Charakterisierung und Erwähnung bestimmter Elemente des Finanzkapitals? Das ist keine unbedeutende Frage und erst recht sollten wir nicht so tun, als wäre die Antwort darauf selbstverständlich und würde keiner mühsamen Prüfung bedürfen! Ich möchte die Relevanz dieser Frage aufzeigen und ich will auch gerne zumindest andeuten, in welcher Richtung meine Antwort hierauf gehen wird. Vor allem will ich aber deutlich machen, wie notwendig eine intensive Arbeit daran ist, theoretische Fragen, wie diese, im Zusammenhang mit unserem praktischen Eingreifen in die Kämpfe um Frieden, Antifaschismus und Sozialismus gemeinsam zu klären.

Die Erwähnung einzelner Elemente des Finanzkapitals legt anscheinend eine Deutung nahe, dass der Faschismus an der Macht die Herrschaft nur eines Teils des Monopolkapitals sei, dass also der faschistische Staat das Interesse z.B. nur einer bestimmten Monopolfraktion durchsetzen würde. Eine solche Deutung prägt z.B. das Vorwort des Genossen Max Schäfer, welches dieser der 1971 im Verlag Marxistische Blätter erschienenen Dokumentation des VII. Weltkongresses voranstellt. Schäfer schreibt darin vom Faschismus als *„einen Herrschaftsmechanismus im Dienste der reaktionärsten und aggressivsten Gruppe des Monopolkapitals“*.

Wenn das zutreffen würde, dann wäre der monopolkapitalistische Staat aber nicht mehr als Staat der gesamten Klasse – als „ideeller Gesamtkapitalist“ – zu verstehen, sondern wir müssten in ihm einen bloßen Herrschaftsapparat, ein Werkzeug sehen, welches seinen Klasseninhalt lediglich durch dieses oder jenes besonders durchsetzungsstarke Interesse erhalten würde.

Wenn dem Staat aber mal dieser, mal jener Herrschaftsinhalt zu injizieren ist, dann müsste er auch schon unabhängig von und vor diesen Klasseninteressen existieren. Dann wäre es aber auch naheliegend, dass diesem Staat auch ganz andere, nämlich unsere Klasseninteressen zu injizieren wären (zumindest falls unsere Kraft dazu ausreicht) – und dann wären wir sehr nahe am eben schon erwähnten Staatsverständnis der Sozialdemokratie gelandet.

Ihr seht, dass eine bestimmte Deutung der Formulierung von Dimitroff ganz schnell an der Substanz unseres marxistischen Staatsverständnisses kratzen kann. Die Konsequenz wäre, dass wir auch keinen Grund mehr hätten, die revolutionäre Ablösung des kapitalistischen Klassenstaates durch die Diktatur des Proletariats für

nötig zu erachten, und diese Ablösung als Voraussetzung für eine Umwälzung der Produktionsweise und den Übergang zu einer sozialistischen Entwicklung zu sehen.

Eine solche Interpretation möchte ich daher jedenfalls als problematisch bezeichnen und es wäre eine, der ich nicht folgen möchte. In der Konsequenz wäre – um das auf die Spitze zu treiben – der Imperialismus dann doch auch friedensfähig oder er wäre nicht das höchste Stadium des Kapitalismus und wir könnten den Imperialismus und seine ihm innewohnende Kriegsgefahr loswerden, und dennoch im Kapitalismus verbleiben.

Nirgendwo – um Dimitroff und den VII. Weltkongress vom Verdacht einer solchen Deutung zu bewahren – nirgendwo in den weiteren Debatten des VII. Weltkongresses oder auch in der dann in seinem Anschluss folgenden Brüsseler Konferenz der KPD wird aber mit einem solchen Staatsverständnis argumentiert.

Ich halte daher die Formulierung in der Dimitroff-Rede auch nicht für die Behauptung einer analytischen Bestimmung, dass sich der Faschismus an der Macht mit der Durchsetzung lediglich einer bestimmten Kapitalfraktion verbindet, sondern um die Beschreibung des besonderen – nämlich reaktionärsten und am meisten imperialistischen – Charakters dieser Herrschaftsform.

Das soll keineswegs leugnen – sondern vielmehr soll es den präzisen Blick darauf freimachen – dass es sehr wohl heftigste Kämpfe zwischen konkurrierenden Kapitalfraktionen gibt, ob die zu errichtende faschistische Diktatur nun den spezifischen Interessen der eigenen oder der konkurrierenden Fraktion einen Vorrang einräumen wird. Solche Kämpfe finden schon in der Lobby bürgerlich-demokratischer Parlamente statt und sie fanden zugespitzt in der Phase der Vorbereitung des Faschismus in Deutschland statt und sie wurden auch noch weiter zugespitzt nach Errichtung der faschistischen Diktatur fortgesetzt – bis hin zum sogenannten Röhm-Putsch und auch darüber hinaus. Und natürlich müssen wir daran festhalten, dass es zu unseren Aufgaben gehört, solche Konkurrenzkämpfe und innere Streitigkeiten im Lager des Gegners wo auch immer möglich und nach Kräften auszunutzen, um ihn zu schwächen und seine Offensive zu hindern.

Doch es ist wichtig, genau zu sehen, dass es sich bei diesen Spaltungen und diesem Streit im Lager des Gegners um Kämpfe handelt, in denen es um die je spezifischen Partialinteressen einzelner Kapitalisten, einzelner Monopolisten und einzelner Monopolfraktionen geht. Neben diesen Partialinteressen einzelner Klassenmitglieder existiert aber noch das ihnen übergeordnete Gesamtinteresse der Klasse als solcher. Dieses übergreifende Gesamtinteresse ist nicht mit der Summe oder dem Querschnitt der Einzelinteressen identisch. Und weil kein konkreter Kapitalist oder konkrete Monopolfraktionen zum Repräsentanten dieses Gesamtinteresses werden kann (weil sie eben nur ihre jeweiligen individuellen, miteinander konkurrierenden Interessen vertreten können), deswegen benötigt es des monopolkapitalistischen Staates damit dieses übergreifende Gesamtinteresse des Finanzkapitals als Ganzes eine in der Realität tätige und wirksame Bewegungsform erhält.

Ich denke, ein solches Verständnis ist nicht nur besser in den Zusammenhang der marxistischen Geschichts- und Gesellschaftsverständnisses zu integrieren, sondern es kann dann auch besser die historischen Fakten erklären, dass der Errichtung des Faschismus in Deutschland eben nicht der Durchmarsch einer einzelnen

Monopolfraktion vorausgegangen ist, sondern im Gegenteil der gemeinsam getroffene Kompromiss, der sich in der gemeinsamen Eingabe der Großkapitalisten mit der Forderung nach einer Ernennung Hitlers vom November 1932 und dann mit den Absprachen im Bankhaus Schröder und folgender im Januar 1933 zeigte.

So – ich komme zum Schluss.

So sehr ich an einer Diskussion auch davon interessiert bin, was ich im Kontext dieser beiden beispielhaften Themen meinte, behaupten zu können – möchte ich in erster Linie nochmal die Kernaussage dieses einleitenden Beitrags herausstellen und zur Diskussion stellen.

Und die lautet, dass unsere Beschäftigung mit dem VII. Weltkongress unangemessen und dogmatisch ausfällt, wenn wir darauf verzichten, die theoretisch geführten Debatten als Reflektionen der konkreten Klassenkämpfe und unserer Positionierungen in ihnen zu behandeln. Also – um jetzt das auch nochmal ohne doppelte Verneinung zu formulieren: Wir haben in den Debatten die konkreten Klassenkämpfe zu erkennen. Wir haben nachzuvollziehen, wie diese Debatten selber Moment des Eingreifens der Kommunisten in diese Kämpfe sind, wie dadurch die Entwicklung vorangetrieben wird. Und es geht darum zu verstehen, wie aus der Reflektion dieser realen Entwicklung wiederum der stets fortgeführte Lernprozess der kommunistischen Bewegung erwächst – welcher bis heute auf unserem Seminar und sicherlich auch darüber hinaus andauert